

# Teersandförderung und Palmölproduktion in der Republik Kongo – immense Folgen für Menschen, Umwelt und Weltklima

Immense ökologische und soziale Risiken ohne wirkliche Verbesserungen beim Zugang zu Energie?



# Teersandförderung und Palmölproduktion in der Republik Kongo – immense Folgen für Menschen, Umwelt und Weltklima

Immense ökologische und soziale Risiken ohne wirkliche Verbesserungen beim Zugang zu Energie?

## Zusammenfassung

Der italienische Energiekonzern Eni plant in der zentralafrikanischen Republik Kongo derzeit Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar in die Teersandförderung, den Anbau von Palmölplantagen für die Nahrungsmittel- und Agrotreibstoffherzeugung sowie den Bau eines großen Gaskraftwerkes. Das wäre das erste Teersandprojekt in ganz Afrika, und der geplante großflächige Anbau von Pflanzen zur Agrotreibstoffherstellung wäre eines der größten derartigen Projekte auf dem Kontinent. Beide Projekte werfen die Frage auf, wie ernst es G8-Energiekonzernen wie Eni und G8-Regierungen wie Italien, Gastgeber der diesjährigen G8-Konferenz und Hauptanteilseigner von Eni, damit ist, den Klimawandel zu bekämpfen und den Zugang zu Energie zu verbessern. Das gilt insbesondere für Investitionen in ökologisch sensiblen Gebieten und in Entwicklungsländern mit geringen ökologischer und sozialen Standards.

Die Nutzung von Teersanden und Agrotreibstoffen wird von zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Organisationen wegen ihrer verheerenden sozialen und ökologischen Folgen sowohl auf lokaler wie auch globaler Ebene heftig kritisiert. Zu den Folgen gehören exzessiver Wasserverbrauch und massive Wasserverschmutzung, die großflächige Zerstörung von Lebensräumen und Vernichtung von Wäldern sowie verstärkte Treibhausgasemissionen. Pro Barrel werden bei der Gewinnung von Öl aus Teersand drei bis fünf Mal mehr Treibhausgase freigesetzt als bei der konventionellen Ölförderung. Kanada ist bislang das einzige Land, in dem Teersande abgebaut werden, und praktische alle Unternehmen, die dort investieren, stammen aus G8-Ländern. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppierungen fordern, ein Moratorium über neue Teersandprojekte in Kanada zu verhängen, manche verlangen sogar, sämtliche bestehenden und geplanten Teersandprojekte einzustellen.

Das Kongobecken, in dem die Republik Kongo liegt, ist das zweitgrößte noch erhaltene Regenwaldgebiet der Erde. Als Wassereinzugsgebiet und Kohlenstoffsene kommt ihm eine lebenswichtige ökonomische und ökologische Rolle zu. Trotz des dort seit Jahrzehnten geförderten Erdöls gehört die Republik zu den ärmsten Ländern der Erde und leidet seit langem unter der Korruption und den Konflikten im Umfeld des Ölsektors. Zugleich fehlt es dem Land auch an einer angemessenen Umweltgesetzgebung und der Fähigkeit zu ihrer Durchsetzung. Es ist fraglich, wie Eni in diesem Kontext von schwacher Regierung, einer höchst sensiblen Umwelt und der Wahrscheinlichkeit irreparabler Schäden für die Menschen und die Umwelt vor Ort die Risiken seiner Investitionen auf einer kontinuierlichen Basis bewerten und beherrschen will.

Italien ist mit 30 Prozent größter Eni-Anteilseigner und Gastgeber der jetzt diesjährigen G8-Konferenz, deren Energieminister im Vorfeld erklärt haben, dass *“die Frage, wie wir mit den miteinander zusammenhängenden Themen der Investitionen in, des Zugangs zu und der Verfügbarkeit von Energie und der Herausforderung des Klimawandels umgehen, von zentraler Bedeutung für die Zukunft unserer Länder”* ist.<sup>1</sup> Zugleich haben die G8-Länder und andere große Energieerzeuger *“entschlossene Maßnahmen”* angekündigt, um dem Viertel der Weltbevölkerung zu helfen, das über keine gesicherte Energieversorgung verfügt, ein Missstand, von dem Afrika besonders stark betroffen ist. Im Kongo etwa, wo 70 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze leben, hat kaum ein Viertel der Bevölkerung Zugang zu Elektrizität.

Betroffene Gemeinden im Kongo beklagen sich seit langem über fehlende Konsultation und darüber, dass weder die Unternehmen noch der Staat Maßnahmen gegen die sozialen und ökologischen Folgen der Ölerschließung ergreifen. Besonders in der Kritik steht dabei die Gasabfackelung auf dem von ENI betriebenen M'Boundi-Ölfeld. Die Pläne von Eni, das Begleitgas zur Stromerzeugung einzusetzen, sind zwar positiv, doch muss den Bürgerinnen und Bürgern des Landes auch der Zugang zu dem Strom garantiert werden. Insgesamt sind bislang nur minimale Informationen über die Investitionspläne des italienischen Energiekonzerns im Kongo offengelegt worden und es hat auch noch keine nennenswerten Konsultationen mit der lokalen Bevölkerung gegeben, was im Widerspruch steht zu den von Eni verkündeten Umwelt- und Menschenrechtsprinzipien.

Titelfotos:

1. Teersandabbau, Alberta, Kanada, Quelle: <http://petropolis-film.com>; Greenpeace Canada ©Greenpeace/Eamon Mac Mahon
2. Kouilou, Kongo, April 2009, Subsistenzlandwirtschaft; Teersand-Erkundungsbereich
3. Republik Kongo, Quelle: <http://www.secours-catholique.org>

Angesichts dieser Bedenken fordern zivilgesellschaftliche Gruppen aus den G8-Ländern und ihre afrikanischen Partnerorganisation Eni dazu auf:

- sämtliche Informationen über die Folgen der Investitionen in der Republik Kongo offenzulegen, einschließlich der gegenwärtig durch M'Boundi abgepackelten Gasmengen sowie der detaillierten Zeitpläne für die Teersand- und Palmölprojekte.
- angemessene Konsultationen mit den betroffenen Gemeinden in Übereinstimmung mit den von Eni selbst formulierten Umweltschutz- und Menschenrechtsprinzipien durchzuführen. Lokale Gemeinden und indigene Gruppen müssen vorab ihre freie und informierte Zustimmung erteilen, bevor irgendein Projekt realisiert wird.
- die weitere Entwicklung der Teersand- und Palmölprojekte auf Eis zu legen, bis ihre potenziellen Risiken einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen vollständig bewertet worden sind und ein glaubwürdiger Risikomanagementplan erstellt worden ist.

### Hintergrund zu den neuen Investitionen von Eni in der Republik Kongo

Falls sich die aktuellen Trends fortsetzen, wird laut dem *World Energy Outlook 2008* der Internationalen Energieagentur der Anteil nichtkonventioneller Ölvorkommen wie Teersanden an der Welterdölproduktion weiter steigen und 11 Prozent bis 2030 erreichen.<sup>2</sup> Über die Hälfte davon dürfte auf die kanadische Provinz Alberta entfallen, der weltweit bislang einzigen Region, in der Teersandvorkommen kommerziell ausgebeutet werden - und zwar hauptsächlich von Energieunternehmen aus G8-Ländern.<sup>3</sup> Bekannt ist, dass der Abbau von Teersand immense Umweltschäden anrichtet.<sup>4</sup>

Im Mai 2008 unterzeichnete Eni, das von dem Umsatzzahlen her zu den zehn größten Energiekonzernen der Welt gehört,<sup>5</sup> ein Rahmenabkommen mit der Republik Kongo über Investitionen in Höhe von drei Milliarden Dollar im Zeitraum von 2008 bis 2012. Beschlossen wurden dabei die Exploration der Teersandvorkommen, die Produktion von Palmöl für Nahrungsmittel und Biodiesel sowie der Bau eines Gaskraftwerks zur Stromerzeugung mit einer Kapazität von 350 bis 400 MW.<sup>6</sup> Diese Vereinbarung läutet eine neue Phase der Aktivitäten von ENI in der Republik Kongo ein, wo das Unternehmen seit 1968 vertreten ist. Nachdem ENI bis 2007 ausschließlich im Offshore-Bereich aktiv war, betreibt sie jetzt auf dem Festland das gigantische M'Boundi-Ölfeld und ist der zweitgrößte Investor in diesem Sektor.

Die zwischen Eni und der kongolesischen Regierung in dem Abkommen vereinbarten Bedingungen sind bislang nicht öffentlich gemacht worden, im Falle der Teersand- und Palmölprojekte sind noch nicht einmal die genauen Standorte bekannt. Wie von lokalen und internationalen NROs angestellte Feldforschungen im Kongo enthüllt haben, wissen die Menschen dort praktisch nichts über die geplanten Projekte, und zwar auch in den von der Teersanderschließung und dem Kraftwerksbau nahe dem M'Boundi-Ölfeld potenziell betroffenen Gemeinden und der Stadt Pointe-Noire, dem zentralen Ölhafen des Landes.<sup>7</sup>

### Republik Kongo: Der Governance-Kontext

Kongolesische Aktivisten setzen sich seit langem dafür ein, die öffentlichen Finanzen des Landes grundlegend zu reformieren und sicherzustellen, dass der Reichtum an natürlichen Rohstoffen - die offiziellen Einnahmen aus der Ölförderung werden auf über 4,4 Milliarden Dollar jährlich geschätzt - in die nachhaltige Entwicklung und die Verbesserung des Lebens der 70 Prozent der Bevölkerung fließen, die in Armut leben.<sup>8</sup> Das Land, in dem kaum ein Viertel der Menschen Zugang zu Elektrizität hat,<sup>9</sup> wurde 2008 im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International im untersten Zehntel der Rangliste geführt.<sup>10</sup>

Im März 2006 wurde dem Kongo in einer umstrittenen Entscheidung ein internationaler Schuldenerlass gewährt und mit der Bedingung verknüpft, das Management der nationalen Öl- und Forstressourcen und den öffentlichen Finanzsektor insgesamt zu reformieren. Die Weltbank sprach damals von *„schweren Bedenken hinsichtlich der Regierungsführung und der finanziellen Transparenz“* vor allem im Zusammenhang mit der nationalen Ölgesellschaft Société Nationale des Pétroles du Congo (SNPC).<sup>11</sup> Laut öffentlich zugänglichen Daten hatten Regierungsbeamte in zentralen Positionen kostspielige Kredite mit internationalen Banken und Ölhandelsgesellschaften vereinbart und mit zukünftigen Ölförderungen abgesichert und staatliches Öl mit Hilfe undurchsichtiger Offshore-Mechanismen verkauft, um Schulden nicht bedienen zu müssen, neue Kredite vor dem IWF zu verschleiern und sich persönlich zu bereichern.<sup>12</sup>

Die Forstwirtschaft ist der zweitwichtigste Devisenbringer für das zu rund 65 Prozent von Wald bedeckte Land.<sup>13</sup> *“Das Kongobecken”*, schreibt Greenpeace, *“ist Heimat des zweitgrößten tropischen Regenwalds der Erde und von unschätzbare Bedeutung nicht nur für die Artenvielfalt und als Ressource für die dort lebenden Menschen, sondern auch als gigantische Kohlenstoffsenke für den Klimaschutz”*.<sup>14</sup> Weltweit stammen rund 15 bis 20 Prozent der Treibhausgasemissionen aus der Vernichtung tropischer Wälder.<sup>15</sup> Laut unabhängigen Angaben zur Entwicklung der Wälder im Kongo sind die Waldflächen *“ernsthaft bedroht vom Wachstum der extraktiven Aktivitäten und der industriellen Ausbeutung natürlicher Ressourcen einschließlich des Bergbaus, der sich verschlechternden Lebensqualität der lokalen Bevölkerungen und der sich verschlechternden Regierungsführung”*.<sup>16</sup> Der Kongo verfügt derzeit über keinen funktionierenden Umweltschutz.<sup>17</sup>

### Die Auswirkungen der Erdölförderung

Berichte lokaler Menschenrechtsorganisationen, *“Rencontre pour les droits de l’homme”* (RPDH) und *“Justice and Peace Commission”* der Katholischen Kirche in Pointe-Noire sowie Interviews in Gemeinden in dem Gebiet um das M’Boundi-Ölfeld und Pointe-Noire herum belegen den weit verbreiteten Unmut der Menschen darüber, dass die Ölgesellschaften, darunter auch Eni, sie wegen ihrer Aktivitäten nicht konsultieren.<sup>18</sup> Die Menschen vor Ort monieren weiter die fehlende Entschädigung für die Landverluste und die Zerstörung von Lebensräumen durch die kommerzielle Erschließung, den Mangel an lokalen Arbeitsmöglichkeiten sowie die zunehmende Wasser- und Luftverschmutzung. Ein besonderer Schwerpunkt der Kritik sind die Gesundheitsfolgen der Gasabfackelung auf dem von Eni betriebenen M’Boundi-Ölfeld. Obwohl dieses Problem schon länger besteht und Eni erst vor kurzem das Ölfeld übernommen hat, stellen solche Berichte und Hinweise die von dem Konzern selbst verfassten Menschenrechtsprinzipien in Frage.<sup>19</sup>

Die Ankündigung von Eni, das Begleitgas von dem Ölfeld - also das Gas, das während der Ölförderung mit austritt und derzeit noch abgefackelt wird - zur Stromerzeugung zu nutzen, ist eine willkommene Nachricht in einem Land, in dem kaum ein Viertel der Bevölkerung Zugang zu einer gesicherten Stromversorgung hat und in dem seit langem anhaltende und heftige Kritik an den Umwelt- und Gesundheitsfolgen des Entgasens und Abfackelns geübt wird.<sup>20</sup> Auch Eni scheint erkannt zu haben, dass das derzeitige Ausmaß des Begleitgasabfackelns (*“gas flaring”*) im Kongo nicht akzeptabel ist und hat angekündigt, die Emissionen mit Hilfe des neuen Kraftwerks bis 2012 auf Null zu senken.<sup>21</sup>

Das geplante Kraftwerk wird laut dem Konzern *“über 80 Prozent der nationalen Stromerfordernisse decken”*. Allerdings ist unklar, ob sich diese 80 Prozent nur auf den industriellen Verbrauch oder auch auf den Strombedarf der privaten Haushalte einschließlich derer bezieht, die bislang noch gar nicht ans Netz angeschlossen sind. Zudem ist es höchst fraglich, ob die für Stromversorgung der kongolesischen Haushalte erforderliche Infrastruktur überhaupt vorhanden ist.

### Teersande

ENI besitzt eine Lizenz zur Erschließung der Teersandvorkommen in der Gegend um Pointe-Noire im südwestlichen Kongo auf einer Fläche von insgesamt 1790 km<sup>2</sup>. Basierend auf Voruntersuchungen auf einem 100 km<sup>2</sup> großen Gebiet schätzt der Konzern die förderfähigen Reserven auf zwischen mindestens 500 Millionen und maximal 2,5 Milliarden Barrel. Sollte sich die kommerzielle Nutzung nach Abschluss der auf drei Jahr angesetzten Explorationsphase als machbar erweisen, plant der Konzern den Bau einer Anlage, die den Bitumensand unter Anwendung der Eni Slurry Technology (EST) in Erdöl umwandelt. Betrieben werden soll die Anlage mit Begleitgas von M’Boundi.<sup>22</sup>

Der Abbau von Teersand und seine Aufbereitung zu Rohöl kommerzieller Qualität erfordert den Einsatz riesiger Mengen an Energie und Wasser und kann, wie das Beispiel Alberta in Kanada zeigt, verheerende ökologische und soziale Folgen nach sich ziehen. In einer Analyse der dortigen Umweltrisiken ist gar von einem *“ökologischen Blowout”* die Rede, verursacht vom Raubbau an den Wasserreserven, der massiven Wasserverschmutzung, der Vernichtung der borealen Wälder und der Anlage riesiger Bergeteiche (Rückhaltebecken in der Größe eines Sees, die extrem mit hochtoxischen Chemikalien belastet sind).<sup>23</sup> Der weitaus größte Teil des Teersandförderung befindet sich in der Hand von G8-Unternehmen, darunter dem norwegischen Konzern Statoil und sich zusehends in den Markt einkaufenden asiatischen Energiekonzernen.<sup>24</sup> NGOs aus Kanada und vielen anderen Ländern fordern ein Moratorium auf neue Teersandprojekte, andere Gruppen gehen noch weiter und verlangen, dass alle bestehenden und geplanten Projekte gestoppt werden und institutionelle Investoren ihr Kapital daraus abziehen.<sup>25</sup>

In der Republik Kongo ist das ökologische und soziale Gefahrenpotenzial der Teersanderschließung angesichts der Tatsache besonders besorgniserregend, dass mit Pointe-Noire die zweitgrößte Stadt des Landes gerade einmal 70 Kilometer von dem Gebiet entfernt liegt, in dem die vorbereitenden Explorationen stattfinden. Der Großteil des von Eni lizenzierten Gebiets ist von primärem Tropenwald bedeckt, der Rest von kleinen Dörfern, deren Einwohner zumeist von kleinbäuerlicher Landwirtschaft leben. Eni hat zwar erklärt, man werde versuchen, *“die ökologischen Folgen zu minimieren und angemessene Schutz- und Wiederherstellungsmethoden untersuchen”*.<sup>26</sup> Wie das Unternehmen das in einem Land bewerkstelligen will, das zu 65 Prozent von Wald bedeckt ist, unter einer schlechten Regierungsführung leidet und über keine angemessene regulatorische Struktur und nur minimale Umweltschutzkapazitäten verfügt, bleibt jedoch zu sehen. Soll das Teersandprojekt den von Eni selbst aufgestellten Umweltprinzipien entsprechen, muss auf die Erschließung von Gebieten mit hoher Artenvielfalt (wie Primärwälder) und von Menschen genutzten Gebieten (alles kultivierte Land) verzichtet werden. Faktisch wäre Eni damit auf offene Savannen (Grasland) beschränkt, deren Anteil an dem sehr großen Teersandgebiet allerdings noch unbekannt ist.<sup>27</sup> Zudem gibt es weltweit noch kein einziges Beispiel für eine erfolgreiche Wiederaufforstung auf ausgebeuteten Teersandflächen.

Schließlich führt Eni noch das höchst zweifelhafte Argument ins Feld, die mit der Teersandförderung einhergehenden Treibhausgasemissionen würden in gewissem Maße ausgeglichen werden, weil in Zukunft *“das bei der Erölförderung in der Region anfallende Begleitgas zur Versorgung der EST-Anlage sowie zur Anreicherung von Schweröl eingesetzt wird”* und *“damit das Ziel der Reduzierung der atmosphärischen Emissionen erfüllt wird und gleichzeitig Emissionskredite unter dem Kyoto-Protokoll erworben werden”*.<sup>28</sup>

Die Erschließung von Teersandvorkommen kann, auch das zeigen die Erfahrungen aus Kanada, zwar den Wert eines Unternehmens im Hinblick auf seine Rohstoffreserven steigern, Unternehmen und Investoren aber auch hohe Finanzierungskosten aufbürden. Erstens ist der Prozess, mittels dessen Teersand oder Bitumen extrahiert und aufbereitet wird, bis es als Brennstoff nutzbar ist, erheblich kostspieliger als die Förderung von herkömmlichem Rohöl. Dies bedeutet, dass der Ölpreis weiter sehr hoch bleiben oder die Extraktionskosten erheblich gesenkt werden müssen, soll die Sache profitabel sein. Eigenen Angaben zufolge hat sich Eni für den Kongo und gegen Kanada entschieden, weil dort die Kosten dank der Synergien mit der konventionellen Ölförderung aus dem M'Boundi-Feld (kostenlose Gasversorgung) niedriger gehalten werden können.<sup>29</sup> Allerdings stellt sich die Frage, ob sich das Projekt auch heute noch, vor dem Hintergrund der aktuellen globalen Finanzkrise und der wieder gesunkenen Ölpreise, rechnet.

Jüngere Studien verweisen zudem auf die Risiken von Teersandinvestitionen für den *langfristigen* Unternehmenswert, darunter immer niedrigere CO<sub>2</sub>-Emissionsrichtwerte für Kraftstoffe, ein unzureichendes Arbeitskräfteangebot und die Kosten der für die Teersandextraktion erforderlichen Energie, die Tatsache, dass die Technologie zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (CSS), die einen wichtigen Bestandteil der Investitionsprojektionen von Teersandprojekten ausmachen, nicht getestet ist, und schließlich die Kosten für ökologische Aufräum- und Ausgleichsmaßnahmen sowie für potenzielle juristische Auseinandersetzungen mit betroffenen Gemeinden.<sup>30</sup>

### **Palmöl für Nahrungsmittel und Biodiesel**

Das *Food plus Biodiesel*-Projekt von Eni soll 2009 in der Region Niari *“auf schätzungsweise 70.000 Hektar derzeit nicht bestelltem Land beginnen und langfristig rund 340.000 Tonnen Palmrohöl pro Jahr produzieren. Das wird den Palmöl-Nahrungsmittelbedarf im Kongo decken und die Produktion von 2500.000 Tonnen Biodiesel pro Jahr ermöglichen.”* Allerdings ist noch nicht bekannt, wo genau diese riesigen Plantagen angelegt werden sollen. In der Region Niari ist ein großer Teil des Landes bewaldet, für weite Gebiete sind Forstkonzessionen vergeben. Zudem wird in der Region Subsistenzlandwirtschaft betrieben und ist sie Heimat indigener Gruppen.<sup>31</sup>

In Ländern wie Indonesien und Malaysia wird der Anbau von Ölpalmen in Monokulturen wegen seiner verheerenden ökologischen und sozialen Folgekosten von Aktivisten und Wissenschaftlerinnen heftig kritisiert.<sup>32</sup> So verdrängen die Monokulturplantagen tropische Wälder und andere Ökosysteme, was zu massiver Entwaldung führt und damit zu einem Rückgang der Artenvielfalt, häufigeren und heftigeren Überschwemmungen und Dürren, einer stärkeren Bodenerosion, der Verschmutzung von Wasserläufen und zur Ausbreitung von Schädlingen. Für das Waldforum der Vereinten Nationen (UNPF) sind neben der

Ausweitung der Monokultur-Landwirtschaft die agroindustriellen Baumplantagen - wie etwa Palmölplantagen - in tropischen Waldgebieten eine der Hauptursachen der fortschreitenden Entwaldung und Walddegradierung.<sup>33</sup>

Im Zusammenhang mit Palmölplantagen kommt es zudem auch immer wieder zur illegalen Aneignung von Land, zu Landbesitzkonflikten sowie zu Verstößen gegen die Menschenrechte einschließlich der Gefährdung indigener Gruppen. Laut dem Ständigen Forum für Indigene Angelegenheiten der Vereinten Nationen sind weltweit 60 Millionen Angehörige indigener Völker vom Verlust ihres Landes und damit ihrer Lebensgrundlagen bedroht, weil immer mehr Plantagen zur Produktion von Agrotreibstoffen angelegt werden.<sup>34</sup>

Ein 2007 erlassener Aufruf für ein Moratorium auf den Anbau von Biotreibstoffpflanzen in Afrika wurde von über 200 NGOs unterzeichnet.<sup>35</sup> Im Juni 2009 forderte eine breite Koalition zivilgesellschaftlicher Gruppen bei einem Treffen während der Verhandlungen zur UN-Klimarahmenkonvention in Bonn *“sofort Maßnahmen zu ergreifen und Institutionen zu schaffen, um die Waldvernichtung und die Walddegradation zu stoppen”* und dabei *“die Anlage und den Betrieb von Monokultur-Baumplantagen”* explizit auszuschließen.<sup>36</sup>

Bei der Standortwahl der Palmölplantagen muss Eni sich an den unternehmenseigenen Umwelt- und Menschenrechtsprinzipien orientieren: keine Vernichtung von Primärwäldern, keine Nutzung bestehender Ackerflächen, keine Beeinträchtigung von Gebieten mit hoher Artenvielfalt und keine direkte oder indirekte Umsiedlung von Menschen. Mit anderen Worten, Eni ist auf Savannengebiete und/oder alte Plantagen beschränkt, und aufgrund des hohen Arbeitskräftebedarfs müssen die Pflanzungen zudem in Reichweite bestehender Ansiedlungen angelegt werden. Ob das Unternehmen diese Anforderungen unter einen Hut bringen kann, ist sehr fraglich.

Darüber hinaus ist nach wie vor unklar, ob das primäre Ziel des Projekts die Herstellung von Palmöl als Nahrungsmittel oder als Agrotreibstoff ist und wie viel davon für den einheimischen Markt beziehungsweise den Export bestimmt ist. Auf Anfrage erklärten Eni-Vertreter im Kongo zwar, Hauptziel des Projektes sei die Erzeugung von Palmöl für den inländischen Bedarf und Agrotreibstoff werde nur dann hergestellt, wenn die Produktion darüber liege. Doch das steht in klarem Widerspruch zu öffentlichen Aussagen des Unternehmens, dass 75 Prozent der auf 340.000 Tonnen geschätzten jährlichen Palmölproduktion für die Biodieselherstellung verwendet werden sollen.

Insgesamt werden die aktuellen Ölaktivitäten von Eni von Aktivisten und betroffenen Gemeinden im Kongo und ihren internationalen Partnergruppen mit großer Besorgnis verfolgt. Das gilt insbesondere für die Weigerung des Unternehmens, auf die Beschwerden der Gemeinden in der Nähe von M'Boundi wegen der Umwelt- und Gesundheitsfolgen der dortigen Ölförderung zu antworten. Zudem harren auch die sozialen und ökologischen Risiken für die Menschen im Kongo und die potenziell höheren Treibhausgasemissionen, mit denen die geplanten Neuinvestitionen des Konzerns einhergehen, noch einer Antwort. Aus all diesen Gründen bergen die Teersand- und Palmölprojekte erhebliche Finanz- und Reputationsrisiken für Eni. Verstärkt werden diese Gefahren noch durch den bisherigen Mangel an Informationen über die potenziellen Folgewirkungen des Projekts und seine Wirtschaftlichkeit, die mangelnde Bereitschaft von Eni, sich mit betroffenen Gemeinden an einen Tisch zu setzen und die notorischen Defizite in der Regierungsführung des Landes.

1. Joint Statement by the G8 Energy Ministers ,the European Commissioner and the Energy Ministers of Algeria, Australia, Brazil, China, Egypt, India, Indonesia, Korea, Libya, Mexico, Nigeria, Rwanda, Saudi Arabia, South Africa, and Turkey, 25. May 2009. Siehe [http://www.g8energy2009.it/pdf/Session\\_II\\_III\\_EC.pdf](http://www.g8energy2009.it/pdf/Session_II_III_EC.pdf)

2. World Energy Outlook 2008, S. 103.

3. Ebenda, S. 86.

4. Siehe Polaris Institute, 2009. Moratorium Now! 6 Good Reasons why there should be a Moratorium Now on the expansion of the Alberta Tar Sands. Siehe: [www.tarsandswatch.org/files/Polaris\\_Tarsands\\_Moratorium\\_Declaration.pdf](http://www.tarsandswatch.org/files/Polaris_Tarsands_Moratorium_Declaration.pdf). Siehe auch <http://www.greenpeace.org/canada/en/campaigns/tarsands> & BP and Shell: Rising Costs in Tar Sands Investments, Greenpeace UK, Platform and Oil Change International, September 2008

5. Laut Platts Top 250 Global Energy Company Rankings, 2009. Platts bewertet Unternehmen auf Grundlage von, vier zentralen Kennzahlen: Anlagewert, Einnahmen, Profite und Kapitalrendite ". Siehe [http:// www.platts.com/top250/about.xml?S=](http://www.platts.com/top250/about.xml?S=)
6. Eine vierte Bestandteil sind Investitionen in Höhe von von acht Millionen US-Dollar in Gesundheitsprojekte unter der Leitung von Congo Assistance, einer von Präsident Sassou Nguessos Frau geführten NGO.
7. Umfragen unter Dorfbewohnerinnen und -bewohnern in Gemeinden im M'Boundi-Gebiet und unter Mitgliedern von Menschenrechtsorganisationen im Kongo, durchgeführt im März/April 2009 im Auftrag der Heinrich Böll-Stiftung und der italienischen Nichtregierungsorganisation Camapna per la Riforma della Banca Mondiale. Siehe auch "Exploitation du pétrole au Congo: Les Droits humains des communautés à l'épreuve des profits", La Lettre de la Rencontre pour les Droits de l'homme, Nr. 6 /7, Dezember 2008, S. 10ff.
8. Internationaler Währungsfonds. Siehe IWF Länderbericht Nr. 09/74 Republic of Congo: Article IV Consultation, Februar 2009, "Table 3a. Republic of Congo: Central Government Operations, 2006–11". S. 27. Siehe auch IWF Länderbericht Nr. 05/39, Republic of Congo: Interim Poverty Reduction Strategy Paper Progress Report, Februar 2005, S. 7;
9. Insgesamt haben 27,7 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes Zugang zu Elektrizität, in ländlichen Gebieten sogar nur 5,5 Prozent. Siehe IWF, 2008. Republic of Congo. Joint Staff Advisory note on the Poverty Reduction Strategy Paper. Washington DC, S. 61.
10. Auf Position 158 unter 180 Ländern. Siehe [http://www.transparency.org/policy\\_research/surveys\\_indices/cpi/2008](http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2008).
11. IWF, 'Republic of Congo Reaches Decision Point Under the Enhanced HIPC Debt Relief Initiative', Presseerklärung Nr. 06/46 9. März 2006, <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2006/pr0646.html>
12. Dieses Praktiken hielten offenbar auch an, nachdem der Kongo den Schuldenerlass in Anspruch nahm. 2007 kam heraus, dass der Sohn des Präsidenten, der zugleich auch Leiter der SNPC-Marketingabteilung ist, die Anschaffung von Luxusgütern über ein Offshore-Konto finanzierte, auf das auf den Verkauf staatlichen Öls bezogene Zahlungen flossen. Siehe High Court blocks bid by Congo leader's son to bury evidence of "secret payments"; [http://www.globalwitness.org/media\\_library\\_detail.php/570/en/high\\_court\\_blocks\\_bid\\_by\\_congo\\_leaders\\_son\\_to\\_bury](http://www.globalwitness.org/media_library_detail.php/570/en/high_court_blocks_bid_by_congo_leaders_son_to_bury). 2008 reichte eine Antikorruptionsgruppe in Frankreich Klage ein gegen drei afrikanische Präsidenten, darunter den kongolesischen Präsidenten Sassou Nguesso, und Angehörige ihrer Familien. Vorwurf: Sie hätten öffentliche Gelder veruntreut und zum Kauf privater Güter in Millionenhöhe in Frankreich missbraucht. Im Juni 2009 erklärte der Vorsitzende der französischen Untersuchungsrichter die Klage für zulässig. Siehe [http://www.transparency.org/news\\_room/latest\\_news/press\\_releases\\_nc/2009/2009\\_05\\_06\\_france\\_case](http://www.transparency.org/news_room/latest_news/press_releases_nc/2009/2009_05_06_france_case)
13. IWF Länderbericht Nr. 05/39, Republic of Congo: Interim Poverty Reduction Strategy Paper Progress Report, Februar 2005, Einführung.
14. Siehe Conning the Congo, Greenpeace International, 30. Juli 2008; <http://www.greenpeace.org/international/news/conning-congo-forests300708>
15. Siehe Nicholas Stern. A Blueprint for a Safer Planet: How to Manage Climate Change and Create a New Era of Progress and Prosperity, London 2009, Kapitel 2. Siehe auch Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), "18 Million Dollars Approved Under UN-REDD Programme: Funds Will Back Forestry Programmes Combating Climate Change and Boosting Local Livelihoods", 18. März 2009; <http://www.unep.org/Documents.Multilingual/Default.asp?DocumentID=573&ArticleID=6102&l=en&t=long>
16. Siehe Forests Monitor, Project Background; [http://new.forestsmonitor.org/fr/capacity\\_building\\_congo/558665](http://new.forestsmonitor.org/fr/capacity_building_congo/558665). In dem 2006 vereinbarten Abkommen über einen Schuldenerlass wurde auch eine Überprüfung des Finanzsektors mit dem Ziel beschlossen, Empfehlungen für die Verbesserung "der Transparenz, des Wettbewerbs und des nachhaltigen Managements" zu erarbeiten, die in der Folgezeit über den Bereich der "ökonomischen Reform, speziell die Besteuerung und die Versteigerung von Konzessionen" hinaus erweitert wurden auf „den Erhalt der Artenvielfalt, die nachhaltige Nutzung von Wirtschaftswäldern, die Beteiligung lokaler und indigener Gruppen, die Schaffung gesetzlicher Strukturen und Einrichtungen zum Schutz der Wälder und der Umwelt und den Aufbau institutioneller Kapazitäten." Was die Überprüfung, so sie denn fertig gestellt worden ist, ergeben hat, ist allerdings nicht bekannt.
17. Die Republik Kongo verfügt zwar über ein Rahmengesetz zum Umweltschutz (Loi 003/1991 sur la protection de l'environnement). Doch laut Interviews mit unabhängigen Experten und offiziellen Quellen im Kongo sind zu diesem Gesetz keinerlei Ausführungsverordnungen erlassen worden, was bedeutet, dass es keinerlei Möglichkeit gibt, es in Kraft zu setzen oder gar durchzusetzen. Interviews, Brazzaville, Republik Kongo, März 2009.
18. Umfragen unter Dorfbewohnerinnen und -bewohnern in Gemeinden im M'Boundi-Gebiet und unter Mitgliedern von Menschenrechtsorganisationen im Kongo, durchgeführt im März/April 2009 im Auftrag der Heinrich Böll-Stiftung, Deutschland und der italienischen Nichtregierungsorganisation Campaign for the Reform of the World Bank. Siehe auch Exploitation du pétrole au Congo: Les Droits humains des communautés à l'épreuve des profits, La Lettre de la RPDH, Nr. 6 & 7 Dezember 2008, S. 10ff.
19. Eni Sustainability Report 2008. Siehe [http://www.eni.it/en\\_IT/home.html](http://www.eni.it/en_IT/home.html)

20. Ungeachtet der auf 1,5 Milliarden Barrel geschätzten Erdölreserven des Landes und seines großen Energiepotenzials im Hinblick auf Erdgas, Wasser- und Sonnenenergie liegt der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Strom „in ländlichen Gebieten bei 5,6 Prozent, in städtischen Regionen bei 44,6 Prozent und im nationalen Durchschnitt bei 27,7 Prozent (ECOM 2005).“ Afrikanische Entwicklungsbank, Mai 2008. Republic of Congo. Results-based country strategy paper (RBCSP 2008-2012).
21. Eni Sustainability Report 2008, S. 48 & S. 58; [http://www.eni.it/en\\_IT/home.html](http://www.eni.it/en_IT/home.html)
22. Eni SpA Rome, 2008. Eni - Agreement for exploration and exploitation of non-conventional oil in tar sands. 3. April 2008.
23. Siehe Polaris Institute, 2009. Moratorium Now! 6 Good Reasons why there should be a Moratorium Now on the expansion of the Alberta Tar Sands. Siehe: [www.tarsandswatch.org/files/Polaris\\_Tarsands\\_Moratorium\\_Declaration.pdf](http://www.tarsandswatch.org/files/Polaris_Tarsands_Moratorium_Declaration.pdf). Andere mit der Ölsandausbeutung verbundene Risiken nach: Energy Insecurity; Aboriginal Lands; Boom & Bust; Social Damage & Military Links.
24. Siehe <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Canada/Oil.html> & “Alberta Oil Sands Industry Quarterly Update”, Frühjahr 2009, Regierung der Provinz Alberta, [http://www.albertacanada.com/documents/AOSID\\_QuarterlyUpdate.pdf](http://www.albertacanada.com/documents/AOSID_QuarterlyUpdate.pdf),
25. Siehe <http://nonewoilsands.wordpress.com> und <http://www.greenpeace.org/canada/en/campaigns/tarsands>
26. Eni SpA Rome, 2008. Eni - Agreement for exploration and exploitation of non-conventional oil in tar sands. 3. April 2008.
27. Eni S. S. A. (ohne Datum) Environmental Impact Assessment (EIA) in E&P Operations. Dok. Nr. 1.3.4.04. Rom; Eni Sustainability Report. Rom 2008.
28. Eni SpA Rom, 2008. Eni - Agreement for exploration and exploitation of non-conventional oil in tar sands. 3. April 2008.
29. “Eni S.S.A. Upstream Seminar & Kashagan Field Trip Exploration & Production Update Conference Call – Final”, Fair Disclosure Wire, 18. September 2008.
30. BP and Shell: Rising Costs in Tar Sands Investments, Greenpeace UK, Platform and Oil Change International, September 2008, sowie “The Viability of Non-Conventional Oil Development”, Innovest Strategic Value Advisors, Research Note, März 2009, [www.innovestgroup.com](http://www.innovestgroup.com).
31. Eni - The Food Plus Biodiesel project; <http://www.eni.it/attachments/media/press-release/2008/05/congo-19may-08-eng/ProgettoFoodPlusBiodieselENG.pdf>
32. Siehe <http://www.greenpeace.org.uk/forests/palm-oil>. Siehe auch Declarations against the Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO): In defence of Human Rights, Food Sovereignty, Oktober 2008; [http://www.wrm.org.uy/subjects/agrofuels/Declarations\\_RSPO.html](http://www.wrm.org.uy/subjects/agrofuels/Declarations_RSPO.html)
33. Siehe zum Beispiel: “Implementation of Forest-related Decisions of the United Nations Conference on Environment and Development at the National and International Levels, Including an Examination of Sectoral and Cross-Sectoral Linkages, Programme Element I.2: Underlying causes of deforestation and forest degradation”. Bericht des Generalsekretärs, Kommission für nachhaltige Entwicklung, Zwischenstaatlicher Ad-hoc-Ausschusses der Vereinten Nationen für Wälder (IP), Zweite Sitzung, 11.-22. März 1996; <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N96/029/99/PDF/N9602999.pdf?>
34. Die Vorsitzende der UNPFII Victoria Tauli-Corpuz erklärte im Mai 2007, dass weltweit 60 Millionen Angehörige indigener Gruppen ihr Land und ihre Lebensgrundlage zu verlieren drohen, sollte der Agrotreibstoffsektor wie geplant ausgebaut werden. Siehe <http://www.survival-international.org/news/3279> sowie “UN panel: Biofuel crop expansion displaces indigenous people”, Associated Press, 15. Mai 2007.
35. <http://www.gaiafoundation.org/documents/Africaagrofuelmoratorium.pdf> Siehe auch <http://www.africanbiodiversity.org/>
36. “Halt Climate Change — Halt Forest destruction — Halt Plantations”; <http://www.redd-monitor.org/2009/06/10/halt-climate-change-halt-forest-destruction-halt-plantations/>